

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Der „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Reichshauptstädten und Hauptstädten 2,00 Mark im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,75 Mark, bei Nachbestellung 3,00 Mark. Postgebühr 20 Pfennig. Einzelnummern 15 Pfennig. Fernsprechnummer 15 Pfennig. Fernsprechnummer 15 Pfennig. Fernsprechnummer 15 Pfennig.

Abzugspreis: die 3. Spalte 100 Goldpfennig, die 2. Spalte 200 Goldpfennig, die 1. Spalte 300 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Fernsprechnummer 15 Pfennig. Fernsprechnummer 15 Pfennig. Fernsprechnummer 15 Pfennig.

Nr. 9 - 83. Jahrgang. Tel.-Nr.: „Sachsenzeitung“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2610 Freitag, 11. Januar 1924

Blutige Zusammenstöße in Speyer! - Heinz ermordet!

Der Mainzer Sonderbündler Heinz in Speyer erschossen.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Ztg.“)
Paris, 10. Jan. Der „Daily Mail“ wird aus Mainz mitgeteilt, daß der Präsident der Separatistenregierung der Rheinpfalz, Heinz, gestern Abend 9.30 Uhr in einem Restaurant in Speyer ermordet wurde. Es werden folgende Einzelheiten gemeldet: Drei Unbekannte drangen plötzlich in den Saal ein und riefen: „Hände hoch!“ Sie gaben sofort Feuer und Heinz, der gerade zu Abend speiste, brach tödlich verwundet zusammen. Einer der Töchter wurde leicht verletzt. Die Attentäter sind entkommen. Die Polizei- und Befehlsbehörden haben in der ganzen Stadt Hausdurchsuchungen vorgenommen. Sämtliche Automobile, die Speyer verlassen, werden von Patrouillen untersucht. „Daily Mail“ vermutet, ohne spezielle Gründe hierfür anzuführen, daß die Attentäter zu einer nationalsozialistischen Organisation gehören.

Blutige Zusammenstöße in Speyer.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Ztg.“)
Speyer, 10. Jan. Gestern Abend ereigneten sich in Speyer ernste blutige Zusammenstöße zwischen den Separatisten und der Bevölkerung im Anschluß an die Ermordung des Separatistenführers Heinz. Ingesamt sollen bei den Zusammenstößen 5 Personen getötet worden sein. Nähere Meldungen liegen noch nicht vor. Die Separatisten haben eine außerordentlich strenge Verkehrssperre verhängt.

Wirkung des englischen Protestes.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Ztg.“)
Berlin, 10. Jan. Der diplomatische Berichterstatter der „Times“ berichtet, daß infolge der von England in Paris und Koblenz unternommenen Schritte hinsichtlich der Separatisten in der Pfalz die französische Regierung beschloß, an Ort und Stelle durch Delegation der Rheinlandkommission eine Untersuchung veranlassen zu lassen.

Die Militärkontrollen im Anmarsch.

Berlin, 10. Jan. Halbamtlich wird mitgeteilt: Wie bereits in der ausländischen Presse mitgeteilt wurde, hat die Interalliierte Militärkontrollkommission der Reichsregierung mitgeteilt,

Ramsay Macdonald.

Der Engländer ist der konservativste Mensch unter der Sonne. Noch immer, wie seit Hunderten von Jahren, sitzt der „Speaker“, also der Präsident des Unterhauses, auf dem Bollsack, vom Haupt herab wagt die Lederbüchse, und die altentümliche Braut der Parlamentswache vervollständigt das malerische Bild. Hunderte von Jahren, seit den Tagen Karls II. und Jakobs Stuart, ringen die beiden englischen Parteien um die Macht, die sich in der Parlamentsmehrheit verkörpert; aber sie waren eigentlich nur noch Geschäfte, diese Parteigegensätze. Denn härter als Parteiprogramme ist in England die politische Tradition geworden, und wenn die Opposition an das Ruder kam, so trieb sie eine Politik, die nichts anderes war als die gradlinige Fortsetzung der vorher getriebenen; das weiß das Volk, und konnte daher mit dem Stimmzettel ein ruhiges Urteil über Erfolg oder Mißerfolg der Regierungspolitik fällen, ohne befürchten zu brauchen, daß die neue Regierung etwa ungeahnte und in ihren Folgen unübersehbare politische Experimente versuchen würde. Man trieb eben rein englische Politik.

Schon die Gründung der irischen Partei brachte einige Störungen in den gleichmäßigen Ablauf der Dinge; aber nicht allzu große, weil die Iren eine ziemlich zuverlässige Stütztruppe der „Liberals“, also der Liberalen, waren. Allerdings hat England darauf, daß sich die Liberalen einmal nur mit den Iren zusammen die parlamentarische Mehrheit und damit die Regierung sichern konnten, mit einer schweren Niederlage der Liberalen bei den nächsten Wahlen geantwortet.

Die englischen Wahlen im Dezember vergangenen Jahres brachten nun einen sehr starken Zug nach links, von dem man meinte die Arbeiterpartei profitieren zu lassen. Nun soll diese Machtverschiebung dadurch ihre Auswirkung erhalten, daß nach englischer parlamentarischer Gewohnheit der Führer der siegreichen Partei die Kabinettsbildung übernimmt. Das ist der auch in Deutschland gut bekannte

daß am 10. und 13. d. Mts. in einer Reihe von deutschen Städten Kontrollbesuche stattfinden. Die Besuche sind, soweit aus den Nachrichten von den deutschen Verwaltungsstellen hervorgeht, zum Teil auch militärischen Kommandostellen zugeordnet. Sie sollen in Zivil stattfinden und werden auch in Formen vor sich gehen, die den Gefühlen der kontrollierten Stellen Rechnung tragen. Die zur Durchführung dieser Kontrollbesuche nötigen Maßnahmen sind deutscherseits getroffen worden. Die Reichsregierung hat indessen der Interalliierten Militärkontrollkommission erklärt, daß ihrer Ansicht nach diejenigen Aufgaben, die die Kommission mit militärischen Stellen in persönliche Berührung bringen, nunmehr als beendet angesehen werden müssen.

Verzögerung der Antwort Poincarés.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Ztg.“)
Paris, 10. Jan. Nach halbamtlicher Ankündigung wird die französische Antwort erst am Freitag dem deutschen Geschäftsträger, Herrn von Hösch, der erst später nach Berlin reisen wird, überreicht werden. Bis heute steht noch nicht genau fest, wann und wie die Uebersetzung und die angeforderte Unterredung Poincarés mit Herrn von Hösch stattfinden soll. Auch der Zeitpunkt der angekündigten Erklärungen Poincarés ist noch nicht bestimmt.

Keine Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Ztg.“)
Berlin, 10. Jan. Mätkermeldungen zufolge, daß zwischen dem Vorstände und dem Reichsfinanzministerium Verhandlungen über eine Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer geführt werden, erfährt der Deutsche Handelsdienst an zuständiger Stelle, daß die Regierung von derartigen Verhandlungen nichts wisse und daß auch an eine Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer nicht geglaubt werde.

Noch 12 Tage Lebensfrist für Baldwins Politik.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Ztg.“)
London, 10. Jan. Dem Parlamentsberichterstatter der „Times“ zufolge werden sich die Gerüchte, daß die Regierung Donnerstag nächster Woche gestürzt werde, wahrscheinlich nicht erfüllen. Die Entscheidung wird nicht vor Montag oder Dienstag der darauffolgenden Woche fallen, da die Debatte sicher sehr lang sein werde.

Ramsay Macdonald. Er hat am Dienstag in der ersten Sitzung des neuen Parlamentes eine Erklärung abgegeben, daß seine Partei bereit sei, die Regierung zu übernehmen. Das wird seine Schwierigkeiten haben und zur Voraussetzung eine irgendwie geartete, aber ziemlich feste Koalition mit den Liberalen verlangen. Denn Macdonald braucht ja eine zuverlässige parlamentarische Mehrheit, so daß er sich unbedingt auch noch mindestens die von Asquith geführten Linksliberalen sichern muß. Lloyd George, der außenpolitisch in einem immer härteren Gegensatz zu den Konservativen geraten ist, wird wohl auf diesem Gebiete der Labour party (Arbeiterpartei) auch zur Seite stehen. Man wird sich wohl un schwer einigen können. Macdonald hat sich in seiner Rede naturgemäß mit dem wichtigsten außenpolitischen Problem beschäftigen müssen, also mit der Reparationsfrage. Er hat aber überaus vorsichtig gesprochen und hat nur allerhand schöne Wünsche über Aussöhnung des Vertrauens, endgültige Wiederherstellung des Friedens in Europa und Ausbau des wirklichen Völkerverbandes in pazifistischem Sinne zum Ausdruck gebracht, das ist alles sehr unverbindlich und verpflichtet zu nichts. Ebensovienig natürlich auch die Schaffung der Voraussetzungen für alle diese Dinge, nämlich eine internationale Verständigung zwischen den so arg verfeindeten Staaten des Kontinents, Deutschland eingeschlossen. Viel bestimmter sind nur gewisse Mitteilungen, die über die außenpolitischen Pläne der Arbeiterpartei in der Reparationsfrage und dem interalliierten Schuldenproblem verlautbaren: Danach soll das weitere Vorgehen der neuen englischen Regierung von dem Verdict abhängig gemacht werden, den der Sachverständigenausschuß der Reparationskommission über die finanziell-wirtschaftliche Lage Deutschlands heranzugehen wird und den nun die Arbeiterpartei zum Gegenstand der Erörterung auf einer neuen interalliierten Konferenz - bei der Deutschland und Amerika vertreten sein sollen - zu machen entschlossen scheint. Bei dieser Gelegenheit soll dann eine vernünftige Umgestaltung des Londoner Zahlungsplanes vom Mai 1921 herbeigeführt werden.

Hier wird nun der erste Zusammenstoß mit Frankreich zu gewärtigen sein. Macdonald hat in seiner Rede eine Vereingung des englisch-französischen Verhältnisses für wünschenswert erklärt, hat sich also auch hierbei in den Bahnen der bisherigen englischen Politik bewegt. Er hat überhaupt jeden scharfen Ton Frankreich gegenüber vermieden, wie es englischer Vorkriegspolitik entspricht. Die Dinge sind auch allzu „flüchtig“. In Paris wie in London wird man sich gegenseitig mit größter Höflichkeit behandeln und im übrigen tun, was man als das zweckmäßigste für die Interessen des eigenen Landes erachtet. Daran ist jedenfalls ganz und gar nicht zu denken, daß die Arbeiterpartei nun aus ihren Reden gegen die französische Republik und darüber hinaus, gegen die gesamte Politik seit dem Versailler Frieden irgendwelche praktischen Konsequenzen zieht, etwa dahingehend, daß man nun zum Zeichen des Protestes die englischen Truppen aus Köln und den englischen Vertreter aus der Reparationskommission abberuft. Eine derartige Demonstrationspolitik widerspricht englischer Art und - dem englischen Interesse. Und dies wird auch für die Arbeiterpartei die einzig maßgebende Richtschnur ihres politischen Handelns sein, auch sie wird in die Bahnen der jahrhundertalten Tradition einfließen, ohne daß sich einer ihrer Anhänger über die gewaltige Differenz zwischen Worten und Taten aufregen wird. Denn entscheidend bleibt doch immer der Erfolg.

Unfähigkeit der französischen Regie.

Schweizer Feststellungen.
Die Baseler „Nationalzeitung“ berichtet aus dem Ruhrgebiet über die unhaltbaren Zustände, die die französische Regie in dem dortigen Verkehrsweisen eingerichtet seien. Es heißt dort: Die wirklichen Ursachen dieses Versagens liegen ganz einfach in der Regie selbst. Die Franzosen wollen nicht zugeben, daß sie diesen schwierigen Apparat nicht über einen Notverkehr hinaus bewältigen können. Darum haben sie die deutschen Eisenbahnen nur zu einem sehr geringen Teil wieder eingestellt.

Zur Fachkenntnis kommt der Bureaukratismus, der sich bis in die obersten Verwaltungsinstitutionen der Regie erstreckt. Die obersten Stellen haben nicht die Befugnisse und Vollmachten, wie sie in der deutschen Verwaltung üblich sind; alles wird von der obersten Behörde in Mainz verfügt. Es ist durchsichtiger, daß die Ausgaben der Regie nur zu einem Fünftel durch Einnahmen gedeckt sind. Das Dasein der deutschen Eisenbahnen im Dienste der Regie ist ein Martyrium. Die Regie selbst ist sowohl für diese Unglücklichen wie für das ganze Ruhrgebiet ein Unglück. Wenn im Ruhrgebiet wieder erträgliche Zustände kommen sollen, muß die Leitung des Verkehrsweises wieder in deutsche Hände gelegt werden.

Amerika will schnelle Arbeit.

Die in Paris angekommenen beiden amerikanischen Sachverständigen Dawes und Owen Young veröffentlichen eine Erklärung, in der es heißt: Die amerikanischen Sachverständigen sind von der Reparationskommission aufgefordert worden, an einem Sachverständigenausschuß teilzunehmen. Die amerikanischen Sachverständigen haben keine vorgefertigten Pläne und hoffen, nur den Plänen, die von anderen Persönlichkeiten unterbreitet werden, zu Hilfe zu kommen. Sie haben aber augenblicklich eine Erklärung abgegeben, die lautet:

„Die Zeit ist ein wesentliches Element der Lage. Das Komitee, das eingesetzt ist, ist ein geschäftliches Komitee, das sich mit Tatsachen beschäftigt und konstruktive Folgerungen daraus zu ziehen hat. Seine Arbeiten müssen mit größtmöglicher Beschleunigung geführt werden und es müssen ununterbrochen täglich Sitzungen stattfinden.“
Der „Petit Parisien“ schreibt, es scheine aus den verschiedenen Unterhaltungen der amerikanischen Sachverständigen mit den Mitgliedern der Reparationskommission hervorzugehen, daß die Amerikaner glauben, die Arbeiten des ersten Sachverständigenausschusses können binnen einem Monat beendet werden. Sie seien damit einverstanden, daß dieser Ausschuss, wenn es sich als notwendig erweisen sollte, etwa eine Woche lang in Berlin sich aufhalte.

Die nordische Eisgefahr.

Wie über Stockholm gemeldet wird, kommt die nordische Eisgefahr herangezogen. Während die Häfen auf schwedischer, finnischer und estländischer Seite bis weit ins Meer hinaus blockiert sind, ziehen in dem noch freien Fahrwasser der Ostsee ungeheure Massen von Treibeis von Norden nach Süden. Sie kommen aus dem völlig vereisten baltischen Meerbusen, treiben an den Landsniveaus vorbei und vereinigen sich dort mit mächtigen Eisgolfen aus dem finnischen Meerbusen. Das schwimmende Schicksal ist stellenweise zwei Meter hoch. Dieser Gefahr gegenüber ist die Schifffahrt und Fischerei eingestellt worden. Die ersten Ausläufer dieses nordischen Eises sind bereits über die Insel Gotland hinaus gelangt und haben auch schon die deutschen Küsten, so bei Rostock, Königsberg, Danzig bis Rügen erreicht. Die Eiswälle versperrten auch den Eingang zum Nigard Meerbusen, in dem vor zwei Jahren bei gleichem Eisreibein deutsche Dampfer wochenlang im Eise festsaßen. Große russische Eisbrecher sind bei der Arbeit, um unterwegs befindlichen Schiffen eine Durchstraße durch die Eiswälle zu bahnen.